Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 113 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 17. Mai 1932

„Beeilen Sie sich!"

Als die Reichstagssitzung am Donnerstag vergangener Woche „aufflog", also vom Reichstagspräsidenten die Vertagung ausgesprochen wurde, hatte er noch hinzugefügt, die Reichstagsabgeordneten würden von ihm über den Termin des Wiederzusammentritts benachrichtigt werden. Es lag also kein Beschluß des Reichstages vor, der diesen Termin fest bestimmte. Im Ältestenausschuß sind dann Anträge der Opposition, die einen Wiederzusammentritt des Plenums nicht erst für den 6. Juni, sondern für einen beträchtlich früheren, sehr baldigen Termin verlangten, von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt worden, aber die Opposition kündigte bereits an, sie werde eine frühere Berufung unter Bezugnahme auf Artikel 24 der Reichsverfassung verlangen; dort heißt es nämlich, daß der Präsident des Reichstages „ihn früher berufen muß, wenn es . . . mindestens ein Drittel der Reichstagsmitglieder verlangt". Bei den 577 Mitgliedern des Reichstags wäre dieses Drittel also 193, und mithin würden die entsprechenden Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten mehr als genügen, um den Reichstagspräsidenten zu einem Verfahren gemäß Artikel 24 der Verfassung zu veranlassen. Die Dinge liegen anders wie bei früheren Anträgen dieser Art insofern, als damals der Wiederzusammentritt des Reichstages durch Mehrheitsbeschluß auf einen bestimmten Zeitpunkt festgelegt wurde, also ein anderer Termin höchstens durch einen Mehrheitsbeschluß des Ältestenausschusses hätte bestimmt werden können. Das ist nicht geschehen und man stellte sich sinngemäß auf den Standpunkt, daß der Artikel 24 nur anwendbar sei, wenn der Reichstag auf unbestimmte Zeit vertagt ist, weil ein Drittel der Reichstagsabgeordneten einen Beschluß der Mehrheit natürlich nicht umstoßen kann. Grundsätzlich hat übrigens vor kurzem der Staatsgerichtshof über einen ähnlichen Streitfall beim Preußischen Landtag entschieden, daß auch ein Mehrheitsbeschluß des Ältestenausschusses, der die von der Opposition geforderte Einberufung des Landtages ablehnte, nicht zwingenden Rechts sei, sondern der Zusammentritt der Kammer hätte veranlaßt werden müssen. Es ist also wohl damit zu rechnen, daß im Reichstag die Opposition eine frühere Zusammenberufung herbeiführt, wenn sie einen entsprechenden, von einem Drittel der Abgeordneten unterstützten Antrag stellt.

*

Wenn der Reichstag früher zusammentreten sollte, dann könnte er auch, dem bisherigen Gebrauch gemäß, nach kürzerer oder längerer Debatte den Haushaltsentwurf „in erster Lesung" dem Haushaltsausschuß zur Durchberatung überweisen; an und für sich hat nach einer Geschäftsordnungsänderung aus jüngster Zeit der Reichstagspräsident das Recht zu dieser Überweisung, und es ist von ihm auch bereits mitgeteilt worden, daß er mit jenem Gesetzentwurf auch demgemäß verfahren werde. Doch den Massen des Volkes wird dieser „Gegenstand der Tagesordnung" ein nicht gerade übermäßiges Interesse abnötigen, sie erwarten vielmehr mit allergrößter Ungeduld, daß endlich aus den Ministerien ein handfester Entwurf über die Arbeitsbeschaffung herauskommt. Seit zwei Jahren wird dort über dieses Thema debattiert und heute ganz bestimmt nicht mehr etwas Neues auf diesem Gebiete produziert. Schier unzählige Kommissionen haben sich damit beschäftigt und es scheint doch so, als hänge jetzt das ganze Schicksal des Rumpfkabinetts Brüning davon ab, daß es von jenen papiernen Beschlüssen und Denkschriften, Anregungen und Vorschlägen, Entwürfen und — Phantastereien endlich zur Tat kommt. Auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther hat eine solche Denkschrift veröffentlicht, die sich natürlich vor allem mit der finanziellen Seite der Arbeitsbeschaffung befaßt. Er legt großes Gewicht auf die Einschaltung „hilfswirtschaftlicher" Maßnahmen, nämlich der „Nutzbarmachung" der Arbeitskraft der Erwerbslosen auf bestimmten Arbeitsgebieten, aber nur vorübergehend und behelfsmäßig neben der freien Wirtschaft. Jene Maßnahmen — Arbeitsdienstpflicht ist ein einfacheres und verständlicheres Wort dafür — würden sich hauptsächlich auf Siedlungsaufgaben erstrecken und zum großen Teil geldlos durchgeführt werden können: Arbeitsleistung anstatt „Bezahlung" durch Geld, Verwendung nur einheimischer Rohstoffe und Industrieprodukte bei der landwirtschaftlichen Siedlung und hypothekarische Sicherung der Lieferanten. Neben der Siedlung kommen dann nur „zusätzliche Arbeiten" in Frage, bei denen eine unmittelbare Rentabilität nicht vorliegt, also z. B. Straßenbauten, Hochwasserschutz, Flußregulierungen usw. Das kostet natürlich Geld, viel Geld — und dafür ist die Prämienanleihe bestimmt, die der Reichstag ja in seiner kurzen Sitzungsperiode vor Pfingsten der Regierung bewilligt hat.

Als 1862 der damalige preußische Kriegsminister Roon den Pariser Gesandten Preußens, Herrn von Bismarck, nach Berlin rief, um durch ihn die fast zusammenbrechende innenpolitische Lage meistern zu lassen, telegraphierte er an Bismarck den berühmt gewordenen Satz: „Periculum in mora! Depêchez-vous!" „Gefahr im Verzuge! Beeilen Sie sich!" Soll man aus diesem historischen Telegramm heute eine Nutzanwendung für die Regierung Brünings ziehen?

Japans Ministerpräsident ermordet.

Revolutionäre Anschläge in Tokio.

Am Pfingstsonntag wurden in Tokio eine Reihe aufsehenerregender revolutionärer Anschläge verübt, denen u. a. der japanische Ministerpräsident Inukai zum Opfer gefallen ist.

Sieben als Marine- und Armeeoffiziere verkleidete Revolutionäre drangen in die Wohnung des Ministerpräsidenten ein und feuerten mehrere Schüsse auf ihn ab.

Inukai, der ermordete japanische Ministerpräsident.

Takahaschi, der stellvertretende japanische Ministerpräsident.

Inukai wurde schwer verwundet. Man brachte den 76jährigen Ministerpräsidenten sofort ins Krankenhaus, wo er trotz Blutübertragung wenige Stunden später gestorben ist.

Gleichzeitig mit dem Anschlag auf Inukai wurden Anschläge auf die Bank von Japan, auf die Polizeizentrale, auf die Zentrale der Seiyukai-Partei, auf die Mitsu-Bishi-Bank und auf die Wohnungen des Außenministers Joschisawa, des Admirals Suzuki, des Oberstzeremonienmeisters Baron Hagashi und des Groß-Siegelbewahrers Graf Makino verübt.

Nach dem Anschlag auf den Ministerpräsidenten stellten sich 18 junge Leute freiwillig der Polizei.

Es handelt sich um fünf Marineoffiziere, mehrere Armeeoffiziere und Kadetten. Sie gehören sämtlich der „Gesellschaft der schwarzen Drachen" an, die auch „Todeshand" genannt wird. Die Mitglieder dieser Vereinigung kämpfen gegen die neue Ordnung. Sie waren insbesondere mit der Politik der japanischen Regierung in der Mandschurei und in Schanghai nicht einverstanden.

Gleichzeitig mit den Anschlägen wurden überall in der Stadt Flugblätter verbreitet mit Aufschriften wie: „Nieder mit den untreuen Elementen; lang lebe der Kaiser; beendet die Korruption der Politiker; nieder mit der Oligarchie der Finanzleute!"

Bei den verschiedenen Anschlägen und Bombenwürfen wurden ein Polizist getötet, sieben Polizisten, ein Offizier und drei Zivilisten verwundet.

Der Kaiser hat den Finanzminister Takahashi zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt.

Einzelheiten zu den Anschlägen in Tokio.

Über den Anschlag auf Inukai teilte die Schwiegertochter des Ministerpräsidenten folgende Einzelheiten mit: Sie befand sich außerhalb des Hauses, als die Attentäter eindrangen. Versuche von Dienern und einigen Polizisten, sie aufzuhalten, waren vergebens. Inukai befand sich mit einem anderen Minister in seinem Zimmer. Die Schwiegertochter eilte zu ihm und bat ihn zu fliehen. Er weigerte sich jedoch und trat den Eindringlingen entgegen, wobei er ihnen zurief: „Schießt nicht auf mich. Ich werde eure Forderungen anhören. Ihr dürft es nicht wagen, auf mich zu schießen."

Der Führer der Eingedrungenen ließ sich jedoch nicht auf Unterhandlungen ein, sondern befahl Feuer zu geben. Von mehreren Kugeln getroffen, sank Inukai zusammen. Die Attentäter flüchteten darauf zunächst in Automobilen. Wie noch bekannt wird, trug Inukai seit einigen Monaten eine stählerne Weste, um sich gegen Anschläge zu schützen. Infolgedessen zielten die Attentäter auch in erster Linie auf den Kopf des Ministerpräsidenten.

Dynamit im Elektrizitätswerk

Unter den Transformatoren im Elektrizitätswerk wurde Dynamit gefunden. Die Attentäter wollten allem Anschein nach das Werk in die Luft sprengen, um die Lichtversorgung zu unterbinden.

Der japanische Kaiser hat der Familie des ermordeten Ministerpräsidenten sein Beileid ausgesprochen. Gleichzeitig übermittelte das diplomatische Korps der japanischen Regierung Beileidskundgebungen.

Rücktritt des Kabinetts abgelehnt

London. Das japanische Kabinett hat im Laufe des Montag dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch überreicht. Dieser hat sich jedoch geweigert, es anzunehmen, und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Takahashi beauftragt, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Die „älteren Staatsleute" sind zu einer Sitzung zum Kaiser einberufen worden, der angeblich auch mit dem Kriegsminister Besprechungen hat, ob es ratsam sei, das Standrecht zu verhängen. Hiervon ist vorläufig Abstand genommen worden. Der Armeerat hat beschlossen, den Generalleutnant Masaki zum Kriegsminister zu machen, ganz gleich, ob das Kabinett dem Rücktritt des jetzigen Kriegsministers Araki zustimmt oder nicht. Auch auf Araki war ein Anschlag geplant. Der bewaffnete Attentäter war in seine Wohnung kurz nach Mitternacht eingedrungen. Araki war jedoch schon zur Kabinettssitzung fortgegangen.

Beileid der Reichsregierung

Berlin, 17. Mai. Reichskanzler Dr. Brüning hat dem japanischen Außenminister folgendes Beileidstelegramm übersandt: „Tieferschüttert durch die Nachricht, daß Herr Ministerpräsident Inukai einem verabscheuungswürdigen Anschlag zum Opfer gefallen ist, spreche ich Ew. Exzellenz meiner und der Reichsregierung wärmste Anteilnahme aus." Gleichzeitig hat der Chef des Protokolls dem Berliner japanischen Botschafter einen Beileidsbesuch abgestattet.

Auslandsdeutsche im Lebenskampf.

Die große Ostagung des VDA.

Die 52. Jahrestagung des Vereins für das Deutschtum im Ausland wurde in Elbing abgehalten. Das große Pfingsttreffen wurde mit einer Frauentagung eingeleitet. Der zweite Tag begann mit Sportwettkämpfen. Von der Hauptversammlung des VDA. wurde

eine Entschließung

angenommen, in der u. a. festgestellt wurde, daß im vergangenen Jahre in der Lage des Auslandsdeutschtums, insbesondere des europäischen, nicht zu übersehende Verschlechterungen eingetreten seien. Als die eine Ursache sei die Weltwirtschaftskrise anzusehen. Der Schrumpfungsprozeß des Außenhandels habe das Auslandsdeutschtum vielfach härter getroffen als die Staatsbürger der Mehrheitsvölker.

Das Bauerntum

des Auslandsdeutschtums stehe in schwerster Krise, die sich infolge der Verzögerung einer mitteleuropäischen Lösung des Absatzes vertieft habe. Trotz der bei allen auslandsdeutschen Gruppen festzustellenden Steigerung der Opferbereitschaft und Entschlossenheit zur Selbsthilfe seien die kulturellen Volksorganisationen, in erster Linie

Schulen und Kirchenwesen, schwer bedroht.

Als zweite wesentlichste Ursache der allgemeinen Verschlechterung sei eine neue nationale Welle festzustellen, die in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten die rechtlichen Grundlagen des national-kulturellen Eigenlebens der Auslandsdeutschen zu unterhöhlen drohe.

Diese schmerzlichen Feststellungen seien dem VDA. und dem ganzen deutschen Volke ein erneuter Ansporn zur unermüdlichen gesteigerten Arbeit. Möge jeder Deutsche immer wieder daran denken, daß jeder dritte Volksgenosse heute außerhalb der Reichsgrenzen lebe und daß unwiederbringlich verloren sei, was heute nicht gerettet werde.

Am dritten Tage fand nach Gottesdiensten in allen evangelischen Kirchen und der katholischen Pfarrkirche

der große Festakt

statt, bei dem nach einleitendem Orgelvorspiel zunächst Oberpräsident Dr. e. h. Siehr-Königsberg das Wort nahm. Der Redner wies u. a. darauf hin, daß Ostpreußen durch den Machtspruch der Entente vom Mutterlande losgelöst und deutsche Gebiete rings um Ostpreußen herum der Staatshoheit fremder Staaten unterworfen seien. Gerade diese Schicksalsschläge hätten jedoch die besten Eigenschaften der ostpreußischen Bevölkerung klar in Erscheinung treten lassen, die zu der Hoffnung berechtigten, daß der Kampf bis zum Siege durchgefochten werde. So wertvoll die Hilfsmaßnahmen der Reichs- und Staatsregierung seien und so dankbar sie in allen Kreisen der Bevölkerung anerkannt würden, sie müßten doch Stückwerk bleiben, wenn es nicht gelinge,

bei der gesamten deutschen Bevölkerung Verständnis

für die Sonderlage Ostpreußens, für seine Bedeutung für das Deutschtum im Osten zu wecken. Die Tagung möge dazu beitragen, ein neues festes Band zu knüpfen zwischen allen Deutschen diesseits und jenseits des Korridors.

Der Vorsitzende des VDA., Dr. Geßler, hielt das Schlußwort. Den eindrucksvollen Worten der Vorredner sei zu entnehmen, daß der Kampf unter dem Druck politischer Vergewaltigung und wirtschaftlicher Not immer schwerer werde und daß der bescheidene Schutz, den die Friedens-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF